

## Haushaltsrede der SPD-Fraktion zur Verabschiedung des Haushalts 2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Bernhard,  
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Fetzner,  
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich zu Anfang wieder einmal an die drei Bedingungen erinnern, die wir auch in diesem Jahr unter der Überschrift unseres bekannten Mottos aus dem Alten Testament „Suchet der Stadt Bestes“ zu beachten haben:

1. Wir haben ein strukturelles Problem. Es besteht ein Ungleichgewicht zwischen unseren Erträgen und Aufwendungen. Oder anders formuliert: Wir leben seit Jahren über unsere Verhältnisse.
2. Es gilt weiterhin der Ausspruch von Kurt Schuhmacher, wonach Politik mit dem Betrachten der Wirklichkeit beginnt.
3. Trotz allem: Wir benötigen auch für 2017 einen genehmigungsfähigen Haushalt.

Werfen wir also zunächst einen Blick auf die finanziellen Grundlagen für das laufende Haushaltsjahr 2017 und damit eng verbunden auf die mittelfristige Finanzplanung bis 2020.

Nach mehreren Änderungen und Ergänzungen ergeben sich im Ergebnishaushalt bei den ordentlichen Erträgen Verbesserungen von ursprünglich 111,3 Mio. € auf aktuell 111,7 Mio. €. Für das Haushaltsjahr 2020 werden ordentliche Erträge in Höhe von 118,5 Mio. € prognostiziert. Beim Rückblick auf das vergangene Haushaltsjahr konnten wir seinerzeit von einem ordentlichen Ertrag im Ergebnishaushalt in Höhe 109,9 Mio. €, gegenüber den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 117,5 Mio. € ausgehen. Das strukturelle Defizit belief sich also auf 7,6 Mio. €. Die seinerzeit prognostizierte Deckungslücke für 2017 betrug 11,1 Mio. €. Aktuell müssen wir von einem Delta in Höhe von 13,2 Mio. € ausgehen.

Bei den ordentlichen Aufwendungen geht die Verwaltung von einer Reduzierung der ursprünglich errechneten 125,2 Mio. € auf 124,9 Mio. € aus. Im Verhältnis zu der Verbesserung der ordentlichen Erträge errechnet sich ein Defizit von 13,2

Mio. €, was im veranschlagten Gesamtergebnis einen Fehlbetrag von 12,5 Mio. € aufweist.

Im Finanzhaushalt bleibt es bei den Einzahlungen aus Investitionen bei den vorgesehenen 4,6 Mio. € im laufenden Haushaltsjahr. Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit erhöhen sich von 20,6 Mio. € auf 25,0 Mio. €. Der ursprünglich vorgesehene Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von gut 16 Mio. € steigt daher auf 20,4 Mio. € an. Die Differenz zwischen dem Gesamtbetrag der Einzahlungen gegenüber den Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit beläuft sich auf minus 6,9 Mio. €. Nach Verrechnung der veranschlagten Bedarfe und Überschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit ergibt sich ein negativer Saldo von 24,2 Mio. €. Auch der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen steigt von ehemals 14,2 Mio. € auf aktuell 14,7 Mio. € an.

Die Reduzierung des Finanzmittelbestands kann, wie bereits in den Vorjahren, durch die vorhandene Liquidität wieder kompensiert werden. Das ist vor allem der erfreulichen Erhöhung der ursprünglich erwarteten Liquidität in Höhe von 23 Mio. € auf jetzt 34 Mio. € geschuldet, also einem Plus von 11 Mio. €.

Gleichwohl gilt festzuhalten, dass unsere Liquidität Ende 2013 noch einen Stand von 45 Mio. € aufweisen konnte, wovon wir bis 2020 zur Finanzierung investiver Aufgaben rund 40 Mio. € benötigen werden. Auch deshalb sieht die mittelfristige Finanzplanung eine jährliche Kreditaufnahme zwischen 4 und 6 Mio. € vor. Zum Jahresende 2020 wird ein Abschmelzen unserer Liquidität auf 2,3 Mio. € erwartet.

Zum Jahresbeginn 2017 summiert sich die Gesamtverschuldung - ohne Eigenbetrieb - in der Zusammenfassung aus Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen in Höhe von 36,4 Mio. € und Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften von 8,2 Mio. € auf aktuell 44,6 Mio. €. Zum Jahresende 2017 werden wir dann bei 60,0 Mio.€ liegen. Allein 15,6 Mio. € beträgt dann der Stand der Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften.

Soviel zum Thema strukturelles Problem, wie ich es zu Anfang als eine der drei Herausforderungen unserer aktuellen und mittelfristigen Finanzplanung bereits angesprochen hatte.

Worin sehen wir nun realistische Möglichkeiten, diesem Missverhältnis zwischen Ertrags- und Aufwandsseite konstruktiv und nachhaltig zu begegnen?

Beim Blick auf die Aufwandsseite könnte der heute ebenfalls zu beschließende Stellenplan mit Personalaufwendungen in Höhe von 32,6 Mio. € als großer Kostenfaktor im städtischen Haushalt einen möglichen Ansatz für ein deutliches Einsparungspotential liefern. Keine Option für die SPD-Fraktion, stellt doch gerade die Arbeitsleistung unserer städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von der Entgeltgruppe S4 bis zur Besoldungsgruppe B7, die Garantie für die strukturelle Qualität unseres Gemeinwesens sicher. Mit dem vorliegenden Stellenplan dokumentiert das Personalamt auch in diesem Jahr wieder die notwendige Balance zwischen dem verantwortungsvollen Einsatz der Haushaltsmittel bei gleichzeitiger Sicherung eines von uns allen geschätzten bürgernahen Verwaltungshandelns. Eine Reduzierung in diesem Bereich hätte zwangsläufig nicht nur den Verlust von Arbeitsplätzen, sondern auch spürbare Einbußen im gewohnten Standard an unseren öffentlichen Einrichtungen zur Folge, der unser Gemeinwesen auszeichnet.

Ein weiterer ebenfalls fester Posten im Bereich ordentliche Aufwendungen stellen die Transferleistungen in Höhe von 55,1 Mio. € dar. Vor dem Hintergrund, dass allein diese beiden Bereiche – zusammen mit den Versorgungsaufwendungen von vergleichsweise geringen 0,34 Mio. € - mit 88 Mio. € bereits rund 70 % unserer Aufwendungen ausmachen, sehen wir, wie beschränkt unsere Spielräume bei der Finanzierung weiterer notwendiger Investitionen sind. Neben dem Erhalt der sozialen Infrastruktur gilt es auch in diesem Jahr wieder die städtische Infrastruktur im Bereich Gebäude, Straßen, Brücken, Versorgungsleitungen mit den notwendigen Finanzmitteln auszustatten, um spätere Kostensteigerungen zu vermeiden. Die Sanierung der Sporthalle der Dietrich-Bonhoeffer-Schule, deren seit Jahren bekannter Erneuerungsbedarf sich nun von anfänglich 2,9 Mio. € auf rund 6 Mio. € verdoppelt hat, ist ein weiteres Beispiel dafür, dass ein zeitliches Verschieben zwar kurzfristig entlastet, uns am Ende jedoch teuer zu stehen kommt. Unseren Antrag, deshalb nochmals über die Erweiterung der geplanten Zweifelhalle für das Weststadt-Schulzentrum zu diskutieren, um die dort veranschlagten 2 Mio. € für die Sanierungsmaßnahme der DBS einzusetzen, war der Abwägung zwischen einer dringend notwendigen

Sanierungsentscheidung gegenüber einer wünschenswerten Verbesserung des Hallenangebots auch für den Vereinssport geschuldet. Der nun beschlossene Kompromiss ermöglicht sowohl unseren Antrag, die erste Teilsanierung der DBS-Sporthallen im ursprünglich vorgesehenen Gesamtpaket mit den Vorteilen organisatorischer und finanzieller Synergien umzusetzen, und gleichzeitig die Kosten für das Schulzentrum Weststadt inklusive einer Dreifeldhalle im vorgesehenen Kostenrahmen von 20 Mio. € zu halten. Sollte dies möglich sein, so wäre das der Beweis, dass sich durch eine konstruktive Diskussion durchaus noch Einsparpotentiale finden lassen.

Doch mit Sparmaßnahmen allein können wir unser strukturelles Problem weder kurz- noch mittelfristig in den Griff bekommen, denn auch in Weinheim gilt der bekannte Ausspruch des ehemaligen Stuttgarter OBs Rommel, wonach „Sparen bedeutet, Geld, das man hat, nicht auszugeben. Bei uns geht es aber darum, Geld, das wir nicht haben, nicht auszugeben“.

Also müssen wir auch die Ertragsseite überprüfen und die dort vorhandenen Möglichkeiten zur Reduzierung des städtischen Haushaltsdefizits diskutieren. Nachdem wir bereits im vergangenen Jahr die Grund- und Gewerbesteuerhebesätze angehoben hatten, müssen wir jetzt andere Einnahmequellen erschließen. Um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, gilt es neben dem Erhalt und Neubau von Wohnungen gleichermaßen auch der Abwanderung bestehender Betriebe und der Neuansiedlung notwendiger Gewerbesteuerzahler mit attraktiven Angeboten zu begegnen. Sind wir auch im Rahmen der sogenannten weichen Standortfaktoren in unserer Stadt gut aufgestellt, Stichwort: Kindergärten, Schulen, Kultur, Bäder, ÖPNV, Einkaufsmöglichkeiten und Freizeiteinrichtungen, stehen wir auch in diesem Jahr wieder vor der Herausforderung, dringend benötigte Gewerbeflächen anbieten zu können. Neben den innerstädtisch bereits vorhandenen kleinteiligen Grundstücksoptionen müssen wir uns dabei aber auch der Nachfrage nach größerem Flächenbedarf zuwenden, der in Weinheim nur begrenzt zur Verfügung gestellt werden kann. Neben dem neu entwickelten Gewerbegebiet Bergstraße/Langmaasweg stehen Hammelsbrunnen, Tiefgewann und nach Ablauf der dreijährigen Sperrfrist auch wieder die Breitwiesen zur Diskussion. Die SPD-Fraktion ist dabei weiterhin der Überzeugung, dass der Hammelbrunnen aufgrund

seiner Lage am Kreiskrankenhaus, der Nähe zur Weststadt, der Kleinteiligkeit der Parzellen und der besonders wertvollen Bodenbeschaffenheit für großflächige Gewerbeansiedlung nicht geeignet ist. Deshalb wird es nun von der Expertise des Regierungspräsidiums beim Thema Hochwasserschutz abhängen, inwieweit das Tiefgewann als Gewerbegebiet zur Verfügung stehen kann. Bei einem negativen Ergebnis der Untersuchungen stehen wir vor der Notwendigkeit, erneut über die Breitwiesen zu sprechen. Dabei möchten wir uns heute nicht am Streit um semantische Bedeutungsunterschiede zwischen „alternativlos“ und „ohne Alternative“ beteiligen, sondern diese Fläche vor dem Hintergrund des deutlich gestiegenen Finanzierungsbedarfs in unserer Stadt erneut zur Diskussion stellen.

Deshalb wird es u.E. aber vor allem darauf ankommen, die Diskussion, das Für und Wider diesmal auf einer sachlichen, objektiven und möglichst emotionsfreien Ebene zu führen.

Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass eine wesentliche Forderung nach einer Wiederaufnahme dieser Diskussion mit dem Ziel einer nachhaltigen Verbesserung unserer finanziellen Basis auf den seinerzeit nicht vorhersehbaren Entwicklungen im Bereich Flüchtlinge, Erstaufnahme und Anschlussunterbringung beruht. Neben den Herausforderungen im humanitären Bereich, denen nur durch das außergewöhnliche Engagement verschiedener Organisationen und hunderter ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger in beispielhafter Art und Weise begegnet werden konnte, stand und steht die Verwaltung auch weiterhin vor großen organisatorischen und finanziellen Aufgaben. So sieht der heute zu beschließende Haushalt die Anschlussunterbringung im Bereich Händelstraße, Klausing-/Gleiwitzerstraße, Oststraße, Am Sandloch, Seeweg, Gorbheimer Talstraße, Steinklinger Straße, Ortsstraße Süd und Stettiner Straße für die zur Aufnahme der vom Rhein-Neckar-Kreis zugewiesenen 314 Personen mit 11,3 Mio. € als Pflichtprogramm vor. Unklarheit besteht darüber hinaus noch in der Größenordnung eines zu erwartenden Familiennachzugs der anerkannten Flüchtlinge. Diese müssten dann ebenfalls von den Kommunen aufgenommen werden, was bei unseren weiteren Unterkunftsplanungen zu berücksichtigen ist. Die aktuell noch benötigten Erstunterkünfte im ehemaligen GUPS- und Ebert-Park-Hotel sowie in der Heppenheimer und Stettiner Straße werden demgegenüber weiterhin durch den Kreis finanziert. Dabei begrüßen wir

ausdrücklich, dass die neu zu bauenden Wohnungen in einer Qualität erstellt werden sollen, die nach einer späteren Entspannung in Bereich Anschlussunterbringung auch dem allgemeinen sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden können.

Dass die einzelnen Standortdiskussionen nach anfänglichen Schwierigkeiten im konstruktiven Dialog zwischen Verwaltung, ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und den jeweils betroffenen Anwohnern im Ergebnis weitgehend einvernehmlich geführt werden konnten, wird die wünschenswerte Integration der Flüchtlinge in unser Gemeinwesen deutlich erleichtern. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle nochmals ausdrücklich bedanken.

Beim Thema Sozialer Wohnungsbau, den die SPD-Fraktion unabhängig von der aktuellen Notwendigkeit zur Unterbringung von Flüchtlingen in unsere Stadt in der Vergangenheit immer wieder zur Diskussion gestellt hatte, freut es uns, dass für das Neubaugebiet Allmendäcker 20 % der vorgesehenen Wohneinheiten für preisgebundenen sozialen Wohnungsbau vorgesehen sind. Wir möchten an dieser Stelle nochmals auf unsere ursprüngliche Forderung nach einem 25% Anteil an sozialen Wohnraum erinnern. Entsprechend werden wir diese Wert auch für das Sanierungsgebiet „Westlich des Hauptbahnhofs“ beantragen.

Zum Schluss möchte ich mich auch in diesem Jahr im Namen der SPD-Fraktion bedanken. Zuerst bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister Bernhard, für die Vorlage dieses Haushaltsplans. Gleichmaßen auch bei unserem Kämmerer, Herrn Soballa, und seinem Team. Unser Dank gilt ebenso Ihnen, Herr Erster Bürgermeister Dr. Fetzner, sowie den Amtsleiterinnen und Amtsleitern für die kollegiale und konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Wir danken den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vertreten durch Herrn Schweinsberg-Kellermann, und dem gesamten Personalrat für ihr Engagement. Ebenso geht der Dank meiner Fraktion an alle Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für das grundsätzlich spürbare Bemühen um kollegiale Zusammenarbeit. Wie in jedem Jahr gilt unser Dank natürlich auch heute wieder den Steuer- und Gebührenzählern, die uns die finanzielle Basis für diesen Haushalt erbringen, ebenso wie vielen Bürgerinnen und Bürgern, die in Organisationen, Vereinen und kulturell oder gesellschaftspolitisch aktiven

Gremien zum harmonischen Miteinander in unserem gemeindlichen Zusammenleben beitragen.

Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle nochmals unseren ausdrücklichen Dank und die große Anerkennung für die zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer bei der Betreuung der Flüchtlinge in unserer Stadt.

Ohne ihr beispielhaftes Engagement im vergangenen Jahr im Rahmen der Erstunterbringung an den verschiedenen Standorten wäre der weitgehend erfolgreiche Integrationsprozess niemals möglich gewesen.

Dank auch an die Presse für die Berichterstattung des vergangenen Jahres.

**Die SPD-Fraktion stimmt der im Beschlussantrag der Verwaltung ausgewiesenen Haushaltssatzung der Stadt Weinheim für das Haushaltsjahr 2017 und der Finanzplanung bis 2020 zu.**

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Es gilt das gesprochene Wort.)

Wolfgang Metzeltin

22. 02. 2017